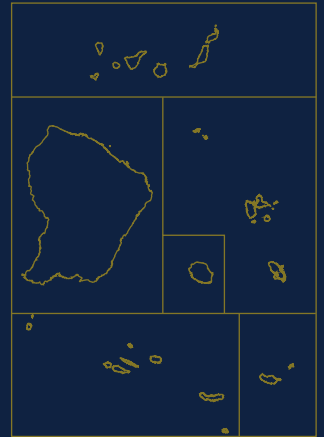




Europäischer Ausschuss
der Regionen



Die Lage der Europäischen Union: die Perspektive der **Regionen** und **Städte**

„Die Städte und Regionen brauchen die Europäische Union.
Die Europäische Union braucht die Städte und Regionen.“

Rede von Karl-Heinz Lambertz
Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

9. Oktober 2018
#SOTREG



**„Die Städte und Regionen
brauchen die Europäische Union.
Die Europäische Union braucht
die Städte und Regionen.“**

Karl-Heinz Lambertz, 9. Oktober 2018

**In Anwesenheit des Präsidenten des
Europäischen Parlaments,
Antonio Tajani**

Karl-Heinz Lambertz

Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

einen Satz hören wir immer wieder, wenn wir mit den Mandatsträgern und Akteuren vor Ort diskutieren: **„Ohne die Europäische Union wäre das nicht möglich gewesen.“**

„Ohne die Europäische Union hätten wir diese Brücke nicht bauen können.“

„Ohne die Europäische Union hätten wir dieses Austauschprogramm für Studierende nicht auflegen können.“

„Ohne die Europäische Union hätten wir diese U-Bahn-Verbindung nicht verwirklichen können.“

Ich habe schon seit Langem verstanden, dass die Europäische Union das, was sie in meiner Heimatstadt Eupen und meiner Region ermög-

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

eine vollständige Beschreibung der Lage der Europäischen Union kann nicht nur die Mitgliedstaaten umfassen und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften außer Acht lassen. Die Aufgabe unserer Versammlung gewählter Mandatsträger ist es, den anderen europäischen und den nationalen Institutionen in Erinnerung zu rufen, dass die Union nicht nur aus den Mitgliedstaaten besteht. **Die Lage der Union, das ist auch und vielleicht sogar in erster Linie die Lage ihrer Gemeinden, Städte und Regionen.**

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

ja, die Städte und Regionen brauchen die Europäische Union.

Genau aus diesem Grund, genau weil die Städte und Regionen die Union brauchen, können

licht hat, in ganz Europa tut. So wie ich seinerzeit dafür gekämpft habe, dass Europa meiner Region bei ihrer Entwicklung hilft, kämpfe ich heute gemeinsam mit Ihnen dafür, dass unsere Städte und Regionen Europa aufbauen.

Die konkreten Errungenschaften unserer Union gehen weit über das Erasmus-Programm hinaus, das oft und auch zu Recht als Beispiel genannt wird. Vor Ort wie auch in Brüssel ist es **unsere Aufgabe, immer wieder auf diese Errungenschaften hinzuweisen, die vielfach nur dank der Kohäsionspolitik möglich waren.**

Wenn die europäischen Institutionen für Europa werben wollen, dann müssen sie diesen direkten Beitrag der Union zur Verbesserung des Alltags der Europäerinnen und Europäer hervorheben.

Wir sehen Europa nicht nur in 2D als ein Europa der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten. **Wir sehen Europa in 3D! Und zwar mit seinen 100 000 Gemeinden und 300 Regionen. Diese dritte Dimension ist der demokratische Eckpfeiler, an dem wir unser Europa gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und für sie neu ausrichten müssen.**

sie kein europäisches Zukunftsprojekt mittragen, in dem die regionale Entwicklung nur noch teilweise oder überhaupt nicht mehr von Europa unterstützt wird. Wie könnten wir, die lokalen, regionalen und europäischen

Mandatsträger, akzeptieren, dass die Union ihre Gebiete vernachlässigt oder gar fallen lässt? Ein Ding der Unmöglichkeit! **Wenn wir unsere Gemeinden, unsere Städte und unsere Regionen schwächen, dann schwächen wir auch unsere Union.** Das kann doch kein Zukunftsprojekt sein. **Wir müssen vielmehr unsere Gebietskörperschaften stärken, um auch unsere Union zu stärken.**

Wir haben daher vor einem Jahr gemeinsam mit unseren Partnern in der **Kohäsionsallianz** die **Forderung nach einem stärkeren Europa für seine Gebietskörperschaften** erhoben.

Die Kohäsionspolitik und der Zusammenhalt sind nicht nur ein Anliegen unserer Versammlung. **Kohäsionspolitik und Zusammenhalt gehen uns alle an!** Ein Beweis? **8 000 Unterzeichner haben sich der Kohäsionsallianz angeschlossen**, die sich mittlerweile auf fast das gesamte Unionsgebiet erstreckt. Zu den Unterzeichnern gehören zum einen natürlich sehr viele Vertreter von Gebietskörperschaften, zum anderen aber auch Vertreter aus ganz anderen Bereichen, von der Union Europäischer Fußballverbände (UEFA) über die Europäische Union des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe bis zum Europäischen Patientenforum.

Die Kohäsionspolitik ist keine Politik aus der Mottenkiste, und die europäische Jugend hat dies sehr wohl begriffen. Ich freue mich, dass vor Kurzem auch das **Europäische Jugendforum** unserer Allianz beigetreten ist. Für mich gibt es keine wichtigere und ehrenhaftere Aufgabe, als den künftigen Generationen eine wachsende, blühende und gedeihende Union zu hinterlassen, die auf den gemeinsamen Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gründet.

Die Mobilisierung der Kohäsionsallianz hat konkrete Ergebnisse gebracht. So umfasst die Kohäsionspolitik derzeit alle Regionen, wobei gerade dieser wesentliche Grundsatz in Gefahr war. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht weiterhin wachsam bleiben müssen.

Denn die Kohäsionspolitik hilft unseren Gebieten in ihrer Entwicklung.

Denn die Kohäsionspolitik ist zukunftsorientiert, damit wir uns den großen Herausforderungen unserer Zeit ebenso wie den Alltagsanforderungen stellen können.

Der Kampf der lokalen und regionalen Mandatsträger für die Erhaltung der Kohäsionspolitik und des Zusammenhalts der Union ist noch nicht vorbei.

Wie kann die Europäische Kommission darauf hinweisen, dass

„[...]die Kohäsionspolitik eine lebenswichtige Funktion für Europa hat – für seine Bürgerinnen und Bürger, seine Städte und seine Regionen [...]“¹

und gleichzeitig eine Mittelkürzung von 10 % für eben diese Politik vorschlagen?

Wir stemmen uns gegen diese unverhältnismäßig hohen Kürzungen ebenso wie unsere Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments. Ganz gleich, ob wir von der Kohäsionspolitik, der Gemeinsamen Agrarpolitik oder einer anderen Politik sprechen – unser gesunder Menschenverstand sagt uns, dass wir bei einem bereits sehr knappen EU-Haushalt nicht mehr mit weniger erreichen können.

Wir lehnen auch jedwede andere Form der Schwächung der Stellung der Städte und Regionen ab wie beispielsweise eine Zentralisierung der Verwaltungsmodalitäten. **Zentralisierung ist nicht zukunftsträchtig, sie ist ein Relikt aus der Vergangenheit. Dezentralisierung hingegen ist das Modell für praxisingerechte Beschlüsse und Investitionen.** Darauf haben auch die Vertreter der französischen Gebietskörperschaften in ihrem „Appel de Marseille“² hingewiesen.

Gewiss gibt es Haushaltszwänge, gewiss gibt es den Brexit, und gewiss weigern sich manche Mitgliedstaaten, zu der gemeinsamen europäischen Anstrengung beizutragen, die angesichts der 510 Millionen Bürgerinnen und Bürger letztlich doch sehr gering ausfällt und großteils wieder in die Mitgliedstaaten zurückfließt.

Wir müssen uns das höchstmögliche Ziel für Europa setzen. Denn die Zeit drängt. Der Präsident der Europäischen Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, noch vor der Europawahl eine grundsätzliche Einigung über den Haushalt zu erzielen. Die europäischen Entscheidungsträger erwecken manchmal den Eindruck, als wollten sie die Arbeiten für den Abschluss des künftigen europäischen Haushalts endlos umgehen oder hinauszögern. Diese verlorene Zeit führt zu Zukunftsungewissheit, wo doch **die Europäerinnen und Europäer gerade jetzt Zukunftsperspektiven brauchen.**

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

eine ausgeblutete Union ohne Handlungsmöglichkeiten wäre ein Sieg für diejenigen, die das Ende Europas herbeisehnen. Die Lügen, wenn sie die Verantwortung auf die Union abwälzen, wenn eine Brücke einstürzt oder ihr Gesundheitssystem unterfinanziert ist. Die mit der Zerstörung der Union auch ihre Städte und Regionen schwächen.

Es ist natürlich paradox, dass genau diejenigen, die die gemeinsame europäische Anstrengung nicht mittragen wollen, sei es in Form der gemeinsamen Werte oder des EU-Haushalts, auch diejenigen sind, die die Schwäche Europas anprangern, für die sie Mitschuld tragen.

Und wenn Europa Lösungen vorschlägt, passt ihnen das nie. Es ist immer „zu viel“ oder „zu wenig“. Sie wollen das Ende der Union, die seit mehr als 60 Jahren als Garant für den Frieden auftritt. Denn wir dürfen niemals vergessen: „Nationalismus bedeutet Krieg“. Und ich möchte das Offensichtliche hinzufügen: **„Europa bedeutet Frieden“.**

Die Gemeinden, Städte, Regionen und ihre Mandatsträger tragen zu Vertrauen und Stabilität in der Europäischen Union bei – in einer Zeit, in der die Differenzen und Widerstände auf nationaler und europäischer Ebene immer weiter zunehmen. Diese

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

auf europäischer Ebene atmet die Demokratie mit zwei Lungenflügeln. Da ist zum einen **das Europäische Parlament**, dessen Mitglieder in den Gebieten gewählt werden.

Und da ist zum anderen **der Europäische Ausschuss der Regionen**, in dem die Mandatsträger der Gebiete, von der kleinsten Gemeinde bis zur größten Region, im Dienste der Europäerinnen und Europäer und des europäischen Einigungsverwerks arbeiten.

Nächstes Jahr feiert unsere Versammlung ihr 25-jähriges Bestehen. In einem Menschenleben ist das sehr jung. Und auch in der Geschichte der Europäischen Union ist dies noch sehr jung, zumal andere Institutionen wie das Europäische Parlament bereits 1952 sowie die Europäische Kommission und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss 1958 aus der Taufe gehoben wurden. **Unsere Institution muss sich auch künftig ausgehend von der einfachen,**

Stabilität ist wichtig, damit wir weiterhin eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Die lokalen und regionalen Mandatsträger zeigen sich sehr oft pragmatisch – und mutig. Sie können nicht in einer polemischen Virtualität aus 280 Zeichen leben oder sich gar dahinter verschanzen. Sie stehen jeden Tag an vorderster Front. Sie müssen handeln.

Manchmal ist etwas, was ein Staats- oder Regierungschef als unüberbrückbar oder gar unzumutbar erachtet, für einen Mandatsträger vor Ort sehr wohl möglich. Wenn der ungarische Premierminister jedwede Integrationsbemühung ablehnt, dann lädt ihn unser Kollege Bart Somers in seine Stadt Mechelen ein, um ihm vor Augen zu führen, wie sich unsere Städte und Regionen Tag um Tag nach dem Grundsatz „in Vielfalt geeint“ erfolgreich für unser Zusammenleben in Europa einsetzen. **Wenn im Rat unentwegt von „Migration“ die Rede ist, dann wird vor Ort viel öfter von „Integration“ gesprochen.** Werte Kolleginnen und Kollegen, das zeigt ganz klar, ohne Wenn und Aber, wo das Verantwortungsbewusstsein, wo der echte europäische Geist zu Hause ist! Daher **werden wir auch in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission eine Kampagne starten, um die Integrationsprojekte unserer Städte und Regionen in den Blickpunkt zu rücken.**

aber kraftvollen und zunehmend geteilten Idee weiterentwickeln, dass Europa mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort aufgebaut werden muss. Unsere Daseinsberechtigung liegt für jeden überzeugten Europäer klar auf der Hand. Es ist unsere Aufgabe, unsere spezifische Rolle herauszustellen, um unseren Beitrag zum europäischen Einheitswerk zu stärken.

Angesichts der vielen europäischen Ungewissheiten **muss unser Ausschuss fest im EU-Gefüge verankert bleiben und gleichzeitig in allen Gemeinden, Städten und Regionen Europas noch fester Fuß fassen. Unsere Versammlung muss das Forum werden, in dem die Europäerinnen und Europäer zusammenkommen, um gemeinsam ihr Europa zu gestalten.**

Die lokalen und regionalen Mandatsträger sind auch Mandatsträger der Europäischen Union. Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie vertreten Ihr Gebiet im Herzen der Europäischen

Union. Und Sie vertreten die Europäische Union in Ihrer Gemeinde, in Ihrer Stadt, in Ihrer Region.

Im institutionellen Rahmen **liegt unser Mehrwert darin, die lokalen und regionalen Anliegen auf die europäische Ebene zu bringen und im Gegenzug auch die europäischen Anliegen in die Regionen und Städte zu tragen.** Wir müssen die Bereiche ermitteln, in denen die Union einen zusätzlichen Nutzen zu den lokalen, regionalen und natürlich auch nationalen Maßnahmen bringt.

So manch einer mag zwar der Meinung sein, dass es „große“ und „kleine“ Debatten gibt, aber ich bin überzeugt, dass es keine Anliegen

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen die großen europäischen Debatten einem Praxistest unterziehen. Nehmen wir beispielsweise die Haushalts- und Rechnungs-führungsregeln. Wir müssen aufzeigen, wie und warum **die Europäische Union lokale öffentliche Investitionen mobilisieren muss**, die für sich allein genommen die Hälfte der öffentlichen Investitionen ausmachen. **Die Europäerinnen und Europäer brauchen diese Investitionen, die auch Wohlstand schaffen.**

Diese öffentlichen Investitionen wurden von der Finanzkrise 2008 gebremst und werden durch die Unangemessenheit der Haushalts und

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

ich habe vorhin gesagt, dass die Städte und Regionen die Europäische Union brauchen.

Ich möchte hinzufügen, dass auch die Europäische Union die Städte und Regionen braucht.

Sehr geehrter Herr Präsident, Sie haben im Mai 2017 vor unserer Versammlung erklärt, dass

wir im Sinne der Subsidiarität den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sind. Dass unsere Unterstützung erforderlich ist, um Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen. Dass wir noch mehr zuhören müssen als reden, und dass wir gewährleisten müssen, dass den Ideen und den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Beschlussfassungsprozess Rechnung getragen wird.

Sie haben Recht.

der Bürgerinnen und Bürger gibt, die „klein“ wären oder die wir vernachlässigen könnten.

Vor Ort sagen uns die Bürgerinnen und Bürger, dass sie für ihren Alltag bezahlbare Wohnungen, gute Arbeitsplätze, eine gute Ausbildung für ihre Kinder, schnelle Verkehrsanbindungen, Sicherheit, Internetzugang, Gründerhilfe, ländliche Entwicklung und vieles mehr brauchen. **Unsere Aufgabe ist es, diesen Anliegen Gehör zu verschaffen – Anliegen, auf die sich die Europäerinnen und Europäer eine Antwort erwarten, ganz gleich von welcher Ebene. Die Europäische Union darf nicht im Abseits verharren**, wenn sie einen Mehrwert schaffen kann.

Rechnungsführungsregeln für die Bedürfnisse der Gebietskörperschaften beeinträchtigt.

Es ist unverzichtbar, die Haushalts- und Rechnungs-führungsregeln in den europäischen Institutionen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht anzupassen. Die Europäische Union muss den Forderungen der Basis Rechnung tragen, wie beispielsweise der letzten Monat verabschiedeten Erklärung der Bürgermeister der Hauptstädte der Union³. **Ein erster wichtiger Schritt wäre es, die Kofinanzierungen der Struktur-fonds sowie Zukunftsinvestitionen aus der Schulden- und Defizitberechnung herauszunehmen.**

Wir müssen das Band mit den Europäerinnen und Europäern stärken, indem wir ihnen insbesondere die Frage stellen, wie sie ihr Europa sehen. Und genau das tun wir auch seit zwei Jahren. **Wir haben 180 Debatten in den 28 Mitgliedstaaten organisiert. 176 Mitglieder unserer Versammlung aus allen Fraktionen haben an diesen Begegnungen mit den Europäerinnen und Europäern in 110 Regionen und 156 Städten teilgenommen.** Ein herzliches Danke an Sie alle für diese Mobilisierung. Der endgültige Bericht über diese Bürgerdialoge wird den Mitgliedern des Europäischen Rates übermittelt, um zu seiner Tagung im Dezember beizutragen. Dieser Bericht diente auch als Grundlage für die Stellungnahme⁴ zu der Frage, wie das Vertrauen in die Europäische Union wiederhergestellt werden kann, um die uns Ratspräsident Donald Tusk ersucht hatte und die unser Erster Vizepräsident Markku Markkula und ich gemeinsam ausgearbeitet haben.

Niemand verfügt über ein Monopol für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Viele nationale und europäische Akteure haben ebenfalls Bürgerdialoge durchgeführt, was zu begrüßen ist: die Europäische Kommission, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Mitgliedstaaten. Neben der Notwendigkeit, zusammenzuarbeiten, können wir aus diesem Prozess vier Lehren für die Zukunft ableiten:

Die Dialoge stärken die demokratische Dimension der Europäischen Union, da sie ein breites Spektrum der Zivilgesellschaft von Bürgerorganisationen über Sozialpartner bis hin zu Stiftungen mobilisieren und einbinden;

- **Es muss Rückwirkungen auf die EU-Politik geben.** Zuhören alleine reicht nicht. Ziel der Veranstaltung der Bürgerdialoge und ihrer Nachbereitung muss die Verbesserung der Maßnahmen der Union in spezifischen Bereichen sein;
- **Die lokalen und regionalen Mandatsträger müssen eine zentrale Rolle bei der Organisation dieser Dialoge und den Folgemaßnahmen vor Ort und in den europäischen Institutionen übernehmen;**
- **Dieser europäische Mechanismus des Bürgerdialogs muss nach den Europawahlen im Mai 2019 zu einer ständigen Einrichtung werden.** Werden diese Dialoge unmittelbar nach der Wahl plötzlich eingestellt, wird dies das Frustrationsniveau noch weiter steigen lassen. **Die Bürgerdialoge dürfen nicht einfach nur Wahlkampfmittel sein.**

Wir müssen heute, hier und jetzt **ans Werk gehen und die Demokratie unserer Union nach 2019 stärken.** Wir müssen alle konstruktiven Kräfte ver-

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Zusammenhang möchte ich auf die Subsidiarität zurückkommen, **denn die Europäische Union braucht nicht nur eine Neuausrichtung, sondern auch eine neue Methode,** damit wir die großen Herausforderungen und Veränderungen meistern können, vor denen wir heute stehen, wie beispielsweise den Klimawandel, den demografischen Wandel oder auch den Übergang zu einer digitalen Gesellschaft.

Subsidiarität, das bedeutet ein besseres Europa, weil es besser funktioniert.

einen. Daher **habe ich dem Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vorgeschlagen, zusammen** den Rahmen für diesen europäischen Mechanismus für einen dauerhaften Bürgerdialog auszuarbeiten. **Unser gemeinsamer Vorschlag zur Stärkung des Bandes zwischen der Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern wird der Vorschlag der Vertreter der Zivilgesellschaft und der Gebietskörperschaften sein, das heißt derjenigen, die den Europäerinnen und Europäern am nächsten sind.** Wir werden die Ergebnisse unserer Überlegungen mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission teilen.

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen,

Demokratie, das bedeutet auch Bürgernähe und somit Subsidiarität.

Es ist an der Zeit, die Uhren wieder richtig zu stellen. Es wäre indes grotesk, wenn wir die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf die Frage der Zeitumstellung beschränken wollen.

Selbst **wenn Europa vielleicht eine Zeitumstellung braucht, so braucht es vor allem eine Neuausrichtung.** Wie können wir noch zögern, endlich auch das soziale Europa Wirklichkeit werden zu lassen, wenn die Ungleichheiten zunehmen und fast jeder fünfte Bürger unter der Armutsgrenze in seinem Land lebt? Vor Ort sind wir jeden Tag mit sozial bedürftigen und manchmal auch absolut verzweifelten Menschen konfrontiert. Wir erleben den Niedergang der Daseinsvorsorge. **Die Europäische Union muss auf diese Hilferufe antworten. Die sozialen Rechte müssen im gleichen Maße anerkannt werden wie die wirtschaftlichen Rechte.**

Europa wird an Stärke gewinnen, wenn es zunächst denjenigen hilft, die seine Hilfe am meisten brauchen.

Die Subsidiarität muss uns die Möglichkeit eröffnen, gemeinsam auf ein besseres Funktionieren der Europäischen Union hinzuarbeiten. Daher haben Michael Schneider, François Decoster und ich uns für die Idee einer „aktiven Subsidiarität“ stark gemacht, die in dem Bericht² der Taskforce „Subsidiarität“ der Europäischen Kommission aufgegriffen wurde.

Es geht nicht darum, das Handeln auf eine bestimmte Ebene zu beschränken. Es geht auch nicht darum, eine Regierungsebene zu Lasten einer anderen auszubooren. So hat auch die

Taskforce „Subsidiarität“ unter dem Vorsitz von Frans Timmermans **keinen einzigen Bereich ermitteln können, in dem der Union ihre Zuständigkeit entzogen werden sollte.**

Um mit den Worten der Erklärung der österreichischen Landeshauptleute zur Zukunft der Union⁶ zu sprechen: „Die Zukunft der EU liegt aus Sicht der Landeshauptleute weder in einem generellen ‚mehr‘ oder ‚weniger‘ EU noch in einer Fortsetzung des Status quo oder einem partiellen Sprung nach vorne. **Zukünftige Leitplanken der EU muss vielmehr sein: ‚dort mehr EU, wo es mehr EU braucht‘, ‚dort weniger EU, wo es weniger EU braucht‘.**“

Um dies zu erreichen müssen wir vielmehr an der Regelungsdichte und dem Mehrwert der Rechtsvorschriften arbeiten anstatt uns zwischen verschiedenen Regierungsebenen zu streiten.

Subsidiarität, das bedeutet auch eine stärkere Union, weil sie sich auf ihre Gebietskörperschaften

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

die Europawahlen im Mai 2019 betreffen uns alle, da sie entscheidend für die Zukunft der Europäerinnen und Europäer und unserer Union sein werden. Das Handeln der Union darf nicht einzig und allein auf die Wahlen ausgerichtet sein.

Wir werden unsere Vorschläge für die Zukunft der Europäischen Union vorlegen und dabei möglichst vielen Akteuren vor Ort Gehör verschaffen, **indem wir zusammen mit ihnen eine gemeinsame Botschaft formulieren.** In den kommenden Tagen werde ich mich in Ihrem Namen an die lokalen und regionalen Mandats- und Entscheidungsträger in Europa wenden, um diese gemeinsame Botschaft auszuarbeiten, die in der **Erklärung unseres achten Gipfeltreffens der Städte und Regionen im März 2019** zum Ausdruck kommen wird.

Das Leitmotiv für dieses Gipfeltreffen ist eine **Erneuerung der Europäischen Union von Grund auf, das heißt von ihren Gemeinden, Städten und Regionen aus.**

stützt, um die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen. Wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei der Präsentation des Berichts der Taskforce⁷ so treffend erklärt hat:

„Unsere Union kann nicht ohne die aktive und gleichberechtigte Beteiligung der lokalen Behörden, der EU-Organe und aller zwischengeschalteten Regierungsebenen aufgebaut werden.“

Wir werden all diese Aussagen, die die Organisation unserer Union betreffen, die wir in unserer **Erklärung von Innsbruck⁸** skizziert haben, auf der Konferenz in Bregenz vorbringen, die vom derzeitigen EU-Ratsvorsitz organisiert wird.

Wir werden unsere Überlegungen auch in konkrete Form gießen: mit der Einrichtung eines **neuen Pilotnetzwerks regionaler Stützpunkte, um die Umsetzung der politischen Maßnahmen zu überprüfen.**

Wir werden unseren Appel zunächst an die Staats- und Regierungschefs im Mai in Sibiu richten. Er richtet sich aber auch an all diejenigen, die künftig an der Spitze des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates stehen.

Ausgehend von der Erklärung unseres Gipfeltreffens in Bukarest werden wir unsere Arbeit fortsetzen und **einen Forderungskatalog für die künftige Europäische Kommission ausarbeiten, in dem wir die Kommission daran erinnern, warum die Städte und Regionen die Europäische Union brauchen, und warum auch die Europäische Union stets die Städte und Regionen braucht.**

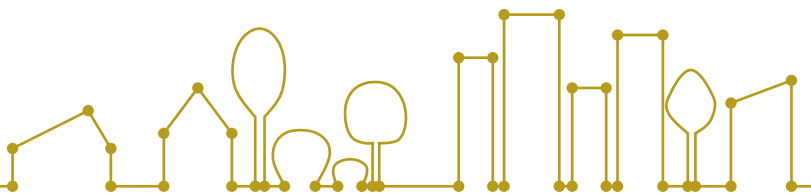
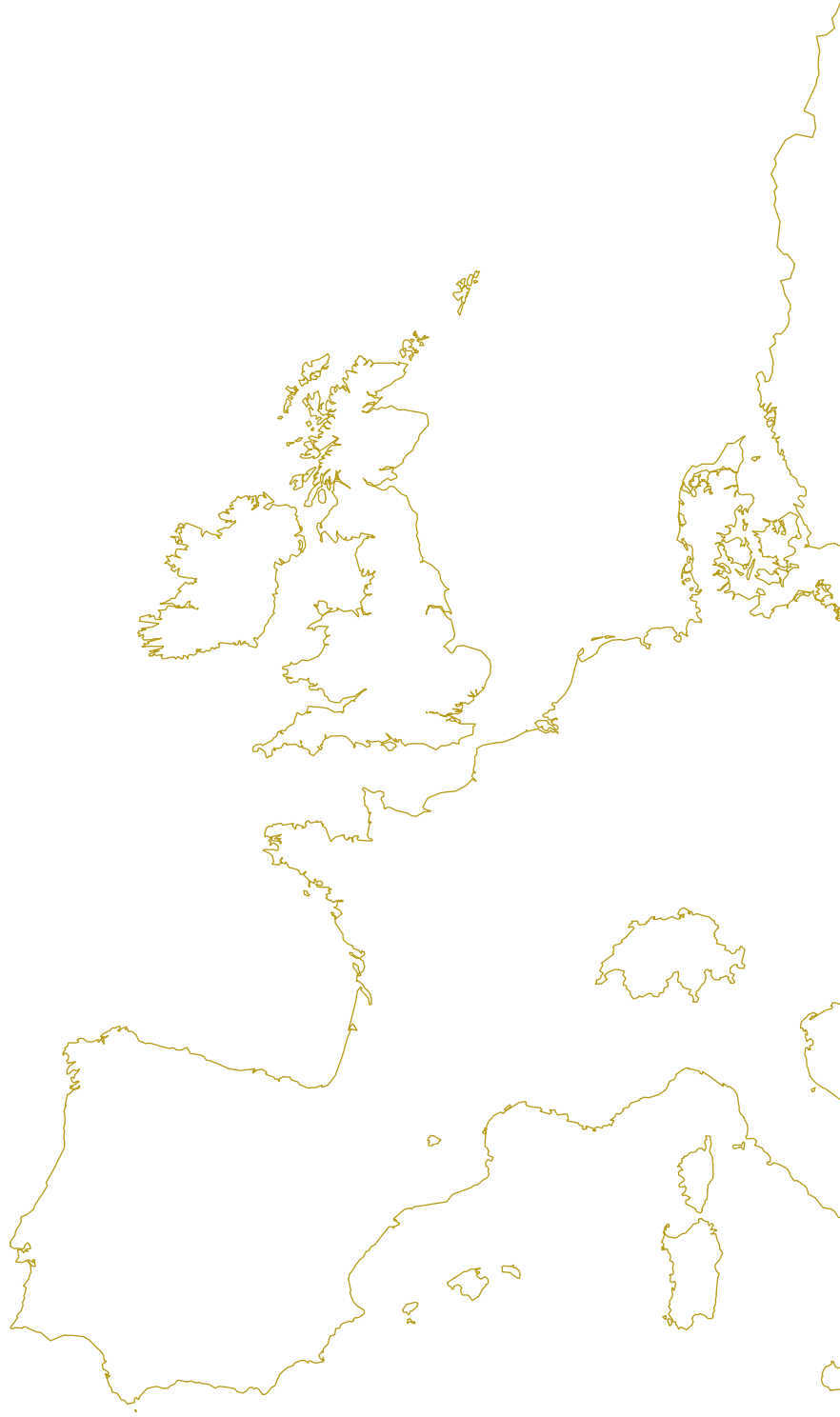
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

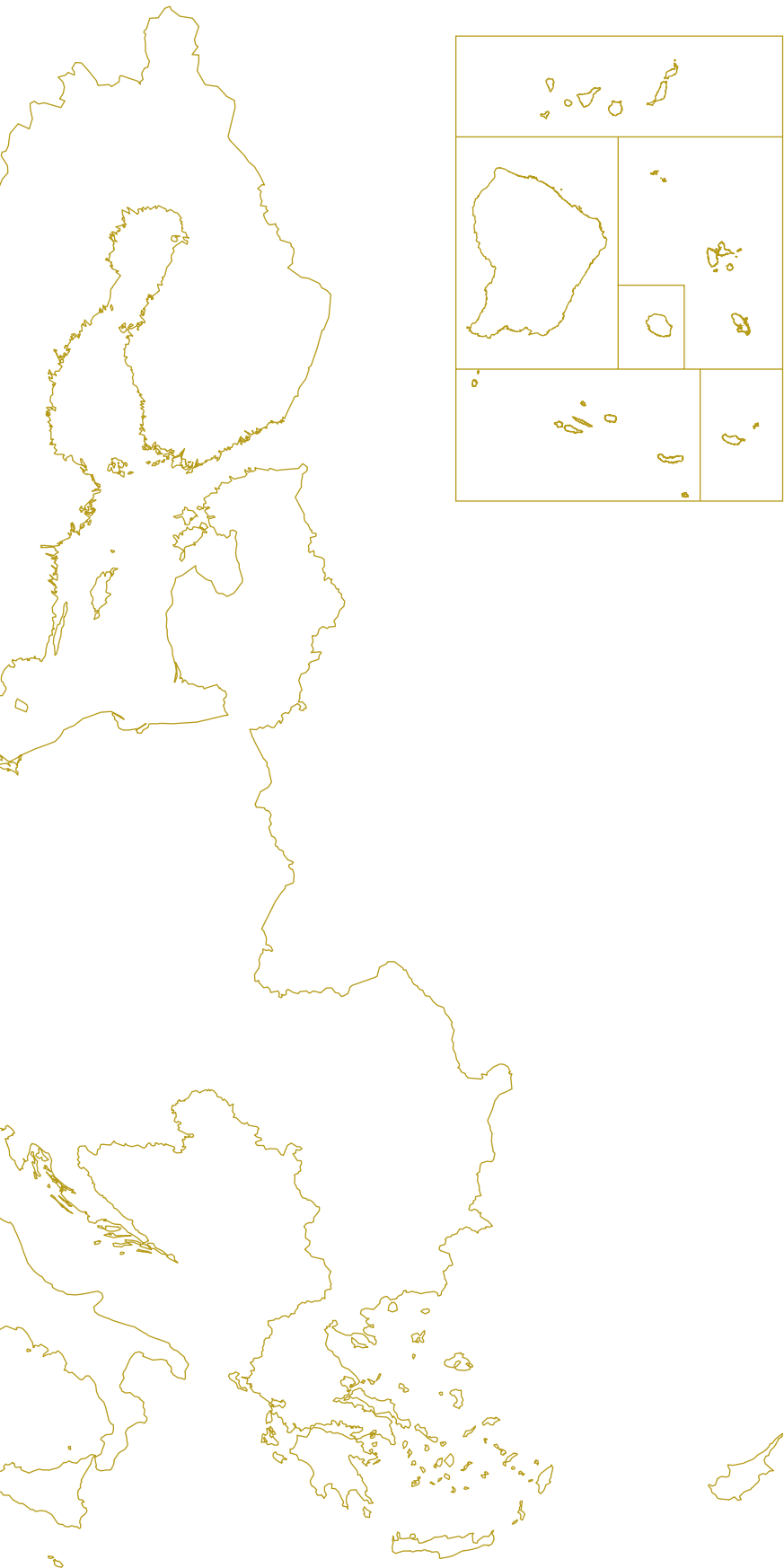




Endnoten

- 1 Siebter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Europäische Kommission, September 2017.
- 2 „Appel de Marseille pour les libertés locales“, 26. September 2018.
- 3 Brüsseler Erklärung der Bürger der EU-Hauptstädte zu öffentlichen Investitionen, zur Kohäsionspolitik und zur EU-Städteagenda, Brüssel, 25. September 2018.
- 4 Nachdenken über Europa: Die Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäische Union (COR-2018-01230).
- 5 Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“, Bericht an den Präsidenten der Europäischen Kommission, 10. Juli 2018.
- 6 Erklärung der Landeshauptleute : EU –Zukunftsszenario der österreichischen Länder, 10. November 2017.
- 7 Brüssel, 10. Juli 2018.
- 8 Vom Präsidium des Europäischen Ausschusses der Regionen am 14. September 2018 angenommen.







Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) wurde 1994 mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht errichtet und ist eine Versammlung von 350 Regional- und Kommunalvertretern aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten, die mehr als 507 Millionen EU-Bürger vertritt. Seine Aufgabe ist es, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die von ihnen vertretene Bevölkerung in den Entscheidungsprozess der Union einzubeziehen und sie über die Gemeinschaftspolitik zu informieren. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat sind verpflichtet, den AdR in den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen anzuhören. Der AdR kann den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen, wenn seine Rechte verletzt wurden oder wenn er der Auffassung ist, dass eine EU-Rechtsvorschrift gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt bzw. dass regionale oder lokale Kompetenzen missachtet werden.

Herausgegeben von der Direktion Kommunikation, des Europäischen Ausschusses der Regionen

Oktober 2018

Rue Belliard/Belliardstraat 101 | 1040 Bruxelles/Brussel | BELGIQUE/BELGIË | Tel. +32 22822211
www.cor.europa.eu | [@EU_CoR](https://twitter.com/EU_CoR) | [/european.committee.of.the.regions](https://www.facebook.com/european.committee.of.the.regions) | [/european-committee-of-the-regions](https://www.linkedin.com/company/european-committee-of-the-regions)

